

16.01

Abgeordnete Dr. Eva Glawischnig-Piesczek (Grüne): Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Frau Staatssekretärin! Herr Bundesminister! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin schon der Meinung, dass Transparenz etwas ganz essenziell Wichtiges in einer Demokratie ist. Transparenz ist im Wesentlichen eine Schutzvorrichtung gegenüber Parteibuchwirtschaft, Korruption, ja Misswirtschaft in jeglicher Hinsicht. Ich denke, dass wir in Österreich viele Jahre lang gegen genau diese Probleme angekämpft haben. Deswegen waren die Öffentlichkeit des Hearings und dieser – unter Anführungszeichen – „transparentere Prozess“, als er vorher immer war, schon einmal ein Riesenfortschritt.

Es gab, glaube ich, bei allen eine sehr große Hoffnung, dass insbesondere auch nach den Ankündigungen von Ihnen, Herr Bundeskanzler, wirklich mit einem anderen Stil, mit einem konstruktiveren Stil auch im Haus, hier im Parlament, aufeinander zugegangen und auch wirklich die bestmögliche Lösung fürs Haus gesucht wird. Jetzt aber die große Enttäuschung!

Reden wir einmal wirklich transparent darüber, was passiert ist, auch die Kollegen von der FPÖ! Es gab eine Erpressungsmehrheit gegen die SPÖ, von Klubobmann Lopatka organisiert, mit Ihrer Beteiligung, mit Team-Stronach-Beteiligung, um die zweite ÖVP-Kandidatin durchzusetzen. Das ist die Wahrheit, das ist die volle Transparenz bei dem Prozess, der hier gelaufen ist. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Ja, Sie wollten keinesfalls die Kollegin Berger, und es gab dann letztendlich keine andere Möglichkeit als diese Lösung. Das ist so schade für ein Haus, das den Auftrag hat – es ist unsere Aufgabe gegenüber den Bürgerinnen und gegenüber den Bürgern –, dieses Amt bestmöglich zu besetzen. Der Rechnungshof ist das oberste Kontrollorgan der Republik, und es ist unsere Verpflichtung, das so zu tun. (*Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der NEOS.*)

Herr Kollege Zanger, ich finde, es ist kein Argument, zu sagen, jemand hat eine politische Gesinnung. Es kommt auf etwas ganz Zentrales an! Ob jemand eine politische Gesinnung hat: ja oder nein? – das ist ein Grundrecht! Jeder kann eine politische Gesinnung haben. Trotzdem darf er auch öffentliche Ämter bekleiden. Der springende Punkt ist allerdings, ob jemand **aufgrund** seiner politischen Gesinnung und ausschließlich aufgrund einer politischen Gesinnung Karriere macht. Das haben wir in Österreich sehr oft gehabt, und genau das darf eben **nicht** sein. Es ist ein kleiner, sehr feiner Unterschied, ob sich jemand zu einer Gesinnung auch bekennt oder ob jemand ausschließlich über das Parteibuch Karriere gemacht hat. Also Ihr Argument gegen

Kollegen Steger war nicht nachvollziehbar. Sie haben sogar genau zu der Passage applaudiert, dass Menschen ohne Parteibuch und vielleicht auch einmal Menschen mit einer politischen Gesinnung solche Ämter bekleiden können. Dazu haben Sie noch geklatscht. *(Abg. Zanger: Er war aber trotzdem nicht der Beste für mich!)*

Die Transparenz dieses Deals oder dieser Päckerei ist also, glaube ich, auf dem Tisch, wir brauchen nicht mehr länger darüber zu reden. Ich hätte mir nur eine ernsthaftere Auseinandersetzung mit dem gewünscht, was hier wirklich passiert ist, weil es auch eine gewisse neue Chance gegeben hätte, dieses Amt einfach einmal anders zu besetzen.

Sehr hilfreich war die öffentliche Einmischung von Ihnen, Herr Bundeskanzler, nicht, das muss ich auch sagen! Der Rechnungshof ist das Organ des Parlaments. Wir sind verpflichtet, bestmögliche Unterstützung für die Gesetzgebung zu organisieren, auch darauf zu schauen, dass die Person jemand ist, die auch die nötige Konfliktfreude hat, auch mit der Regierung, und nicht angepasst ist, die sozusagen genau bei dem Netzwerk der Verwaltungsreformfreude auch mit dabei ist. Das hätte es gegeben – bedauerlich, dass es dazu einfach nicht gekommen ist. *(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der NEOS.)*

Die ganze Thematik: Wirkungsorientierung, moderne Ansätze – all das ist jetzt leider für die nächsten zwölf Jahre einmal nicht von vornherein möglich. Die neue Rechnungshofpräsidentin wird einen Rollenwechsel vornehmen müssen, der ihr mit Sicherheit nicht so leichtfallen wird. Wenn man 13 Jahre lang in einem Politbüro für jemanden gearbeitet hat, der Landeshauptmann-Stellvertreter war, dann ist das eine eigene Lobby, in der man gearbeitet hat.

Der Rechnungshof braucht Unangepasstheit, braucht eine gewisse Konfliktfreude und, ja, auch Repräsentationsfähigkeit, denn er ist letztendlich eine öffentliche Institution, die sich auch öffentlich positioniert und die auch öffentlich einen Druck erzeugen kann und auch muss, wenn es um die notwendigen Reformen in Österreich geht. – Schade, es hätte gut in das neue Konzept gepasst.

Wissen Sie, was antidemokratisch ist, Herr Kollege Cap? – Wenn sich Abgeordnete ausschließlich zur Verschubmasse von parteipolitischen Entscheidungen machen! Man kann solche Hearings und die Ergebnisse daraus ganz anders wahrnehmen, nämlich als individuelle Entscheidung und nicht als Klubentscheidung. Das funktioniert nämlich nur in Kombination von Klubzwang mit Päckerei. Und darüber kann man schon auch ein bisschen nachdenken, ob wir uns nicht auch sehr viel stärker, auch Sie als Abgeordnete einer Regierungspartei, als Individuen in so einem Prozess erleben, wo

man einfach Menschen im Hearing besser kennenlernt und daraus dann eine Konsequenz zieht. Das war leider nicht der Fall, und das ist bedauerlich. *(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der NEOS.)*

Die Gesichter der SPÖ-Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss haben übrigens Bände gesprochen; aber das nur am Rande.

Kommen wir jetzt zu den Vorschlägen, was die Zukunft betrifft! Ich glaube, dass so etwas wie Hearings von Ministerinnen und Ministern schon auch in Prävention eine Wirkung haben kann, nämlich eine positive Wirkung. Im Europaparlament muss man diese Hearings wirklich stemmen, da muss man fachliche Qualifikation nachweisen, da muss man das wirklich schaffen, sonst wird man nicht Kommissar oder Kommissarin. Unsere Regierungsumbildungen laufen in der Regel nach Parteilogik ab. Die letzte seitens der ÖVP zum Beispiel – ich sage es nur –: Ein Landeshauptmann ordnet sich seine eigene Nachfolge, zieht sozusagen die niederösterreichische Ministerin ab und schickt wieder einen niederösterreichischen Minister hinein. Also das hat mit einer Qualifikation oder mit einer Diskussion über Qualifikation nichts zu tun. *(Beifall bei Grünen und NEOS.)* – Ich verstehe nicht, dass man da dagegen sein kann.

Andersrum bei der SPÖ-Regierungsumbildung: Es war uns nicht möglich, ein umfassendes Bild der neuen Regierungsmitglieder zu bekommen. Es gab zwar 35 Minuten Präsentation von *(in Richtung SPÖ)* Ihrer Seite, aber die neuen Ministerinnen und Minister hatten jeweils zwei, drei Minuten. Wir konnten keine Fragen stellen. – Ich glaube, dass das einfach essenziell ist, mit einem neuen Minister/einer neuen Ministerin einen Dialog beginnen zu können. Dagegen kann man eigentlich nicht sein. *(Beifall bei Grünen und NEOS.)*

Jetzt noch den ORF betreffend: Ja, Sie haben recht, natürlich zählt da mehr als nur die Präsentation in einem öffentlichen Hearing – aber warum nicht? Man kann das doch auch einmal ausprobieren und versuchen, welche Wirkung das hat. Aber sich naiv zu stellen?! Das, was wir alle erleben, wie hier Wahlkampf betrieben wird, von unterschiedlichster Seite, ist, das wissen Sie alle, parteipolitischer Wahlkampf, im Zusammenspiel mit den Parteien. Das ist eine politische Entscheidung, eine parteipolitische Entscheidung im Moment. Da kann man sich auch schon etwas längerfristig überlegen, wie man das auch ein bisschen moderner aufstellt. Die Zusammensetzung, die Form, wie bei uns die Personalbestellung im ORF zustande kommt, so wie das abläuft, das ist international einzigartig und hat auch in der Vergangenheit dazu geführt, dass viele Jahre lang bis zur letzten Topfpflanze hinunter eine schwarz-blaue Aufteilung im ORF das Ergebnis war. *(Beifall bei den Grünen. –*

Abg. **Brosz**: Rot-schwarz! – Abg. **Glawischnig-Piesczek**: Rot-schwarz! Das war ein Versprecher!)

16.08

Präsidentin Doris Bures: Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Dietrich. – Bitte.